

Nach der teilweisen Veröffentlichung der FPÖ-Vergangenheit lässt kaum wer

# Experten zerlegen Bericht der

Ein vernichtendes Urteil stellen Experten dem FPÖ-Historikerbericht aus. Das Ziel, die Parteigeschichte aufzuarbeiten und „braune Flecken“ zu beleuchten, sei klar verfehlt worden. Sie sprechen von einer unüblichen Art der Präsentation, wissenschaftlichen Mängeln, fehlendem Neuigkeitswert und fragwürdigen Autoren.

Weil der Präsentationstermin für den FPÖ-Historikerbericht mehrmals verschoben und ein großes Geheimnis daraus gemacht wurde, welche Autoren daran mitwirken, kam es schon im Vorfeld der Präsentation zu Expertenkritik. Und diese reißt auch nach Veröffentlichung einer Zusammenfassung des Berichts nicht ab – im Gegenteil.

So stößt zahlreichen Experten die unvollständige Veröffentlichung des Berichts sauer auf. „Das ist aus meiner Sicht eine bizarre

Präsentationsform“, sagt Politikwissenschaftler Peter Filzmaier zur „Krone“. Politikberater Thomas Hofer vermutet dahinter den Ver-

such, „ein gesamthaftes Urteil von Historikern und Experten“ zu verhindern.

Die vorgelegte Zusammenfassung lasse außerdem darauf schließen, dass wissenschaftliche Standards wie Transparenz und Nachvollziehbarkeit nicht eingehalten wurden. Die Historikerin und Expertin für Erinnerungskultur Heidemarie Uhl

etwa kenne keinen einzigen Historikerbericht, bei dem „nicht von Beginn an feststand, wer daran beteiligt ist und welche Institute“.

Weiterer Kritikpunkt: Laut der Zusammenfassung bietet der Bericht wenig Neues und würde nur auf bereits Bekanntes eingehen – etwa, dass im Vergleich zu SPÖ und ÖVP viele FPÖ-



Der ehemalige FPÖ-Nationalratspräsident Wilhelm Brauneder wurde von der FPÖ zum Leiter der Historikerkommission bestellt.



⊙ Thomas Hofer und Peter Filzmaier sind zwei von zahlreichen Experten, die kein gutes Haar am Bericht lassen. ⊙

Neuer Anlauf für nicht umgesetztes Vorhaben:

## Recht auf Barzahlung soll in die Verfassung

„Der Schutz des Rechts auf Bargeld“ war nur ein Thema, das die zerbrochene türkis-blaue Regierung in die Verfassung schreiben wollte. Die FPÖ hat dazu im Juni einen Antrag eingebracht, die ÖVP will das Vorhaben innerhalb einer neuen Regierung umsetzen.

Die Idee ist alles andere als neu: Schon in Zeiten der Großen Koalition zwischen ÖVP und SPÖ wollten die Schwarzen das Recht auf Barzahlung in der Verfassung verankern – blitzten damit aber beim roten Koalitionspartner ab. Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ hat das Vorhaben zwar den Weg ins Regierungsprogramm gefunden, wurde aber nicht in Angriff genommen – und wäre letztlich wohl an der dafür

nötigen Zweidrittelmehrheit gescheitert. ÖVP-Chef Sebastian Kurz will das Thema innerhalb einer neuen Regierung umsetzen – und dürfte damit wohl auch bei der FPÖ offene Türen einrennen. Die Freiheitlichen haben schon im Juni einen entsprechenden Antrag im Nationalrat eingebracht, über den im September abgestimmt werden soll. Unbestritten trifft das Thema einen Nerv – Österreich gilt nämlich als Land der Bargeld-Befürworter.

### ➤ Fairnessabkommen

Am Wochenende brachte die SPÖ ein Fairnessabkommen für den Wahlkampf aufs Tapet. Den Neos und Grünen geht dieses nicht weit genug. Die ÖVP zeigt sich gesprächsbereit, die FPÖ lehnt es ab.

### ➤ Wahlkampfkosten

Heute berät der Unabhängige Parteien-Transparenz-Senat im Bundeskanzleramt, welche Experten mit der Schätzung der Wahlkampfkosten für die Nationalratswahl betraut werden sollen.

### EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Die Schredder-Firma Reisswolf hat sich bereits für die Ablage des 1100-seitigen Historiker-Berichts der FPÖ gemeldet. . .



ein gutes Haar daran

# Blauen

Parteimitglieder in führenden Funktionen bei der NSDAP tätig waren. „Das ist Forschungsstand seit Jahrzehnten“, so Filzmaier.

## Aktive FPÖ-Funktionäre wirkten als Autoren mit

Auch dass aktive FPÖ-Funktionäre – etwa Generalsekretär Christian Hafenecker und Klubdirektor Norbert Nemeth – als Autoren mitwirkten, sorgt bei den Experten für Kopfschütteln. Filzmaier ortet hier eine „klassische Unvereinbarkeit“, Uhl bezeichnet dies als „extrem ungewöhnlich“.

Ungewöhnlich sei auch, dass in der Zusammenfassung Vorwürfen entgegengetreten werde, die rein rechtlich gar nicht möglich sind. Ein Beispiel: „Die FPÖ ist formell eindeutig keine Nachfolgerin der NSDAP“, ist dort zu lesen. S. Schieder



Foto: EXPA/Lukas Hüter

**Der Einsatz von Bargeld ist für viele Menschen, gerade für die ältere Bevölkerung und im ländlichen Raum, eine Grundbedingung für ein selbstbestimmtes Leben.**

OVP-Chef Sebastian Kurz



Foto: Vogt/Michael M.

Ein Gutachten zu Tempo 140 berücksichtigt auch Lkws, die nur Tempo 80 fahren dürfen

Greenpeace und Verkehrsclub widersprechen Asfinag:

# Umweltbelastung durch Tempo 140 deutlich höher

Es konnte keine nennenswerte Umweltbelastung festgestellt werden – diesen Befund stellte ein Gutachten im Auftrag der Asfinag dem Projekt Tempo 140 auf der Autobahn aus. Dem widersprechen die Umweltorganisation Greenpeace und der Verkehrsclub Österreich vehement: Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß sei wesentlich höher als dargestellt.

Es ist eines der Lieblingsprojekte des ehemaligen Verkehrsministers Norbert Hofer (FPÖ): Tempo 140 auf der Autobahn. Bereits seit einem Jahr darf auf zwei Abschnitten der Westautobahn zehn Stundenkilometer schneller gefahren werden. Sehr zur Freude von Hofer attestierte nun auch ein Gutachten im Auftrag der Asfinag, dass die Umweltbelastung dadurch nur marginal um ein bis zwei Prozent gestiegen sei.

Die Umweltorganisation Greenpeace und der Verkehrsclub Österreich wollen das so nicht stehen lassen. Sie rechnen vor: Der tatsächliche Anstieg des

CO<sub>2</sub>-Ausstoßes auf den beiden Teststrecken liege nicht bei 1,2 beziehungsweise 1,6 Prozent, sondern bei 2,5 beziehungsweise 2,6 Prozent.

Wie kommt es zu dieser Diskrepanz? In dem Gutachten der Asfinag seien die relativ hohen, unveränderten Emissionen von Lkws, die weiterhin nur

Tempo 80 fahren dürfen, mit einbezogen worden – und das würde den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der schneller fahrenden Pkw anteilig nach unten drücken.

„Wenn ich eine Tempoerhöhung erlaube, muss ich die Zunahme der Emissionen jener Fahrzeuge anschauen, die die

Tempoerhöhung auch in Anspruch nehmen dürfen. Alles andere ist unseriös“, sagt Volker Plass von Greenpeace.

Der ehemalige Verkehrsminister und nunmehrige FPÖ-Chef Hofer sieht das freilich anders und übt Kritik in Richtung Umweltorganisation: „Wenn sich Greenpeace zu Wort meldet, hat man den Eindruck, es geht um grüne Parteipolitik“, sagt er zur „Krone“. Darüber entscheiden, wie es mit Tempo 140 auf der Autobahn weitergeht, wird erst eine neue Regierung.



**Wenn sich Greenpeace zu Wort meldet, hat man den Eindruck, es geht um grüne Parteipolitik.**

Der ehemalige Verkehrsminister und nunmehrige FPÖ-Chef Norbert Hofer